

## Top 10

gleichlautender Antrag vom MIT-Kreisverband Segeberg  
und den CDU Ortsverbänden  
Daldorf, Groß Kummerfeld und Rickling.

**Antrag an den CDU Kreisparteitag am 18.09.2015**

### **Antrag: Schaffung einer unabhängigen und überparteilichen Anlaufstelle für Bürokratieabbau und Verwaltungseffizienz**

**Der CDU Kreisparteitag möge beschließen:**

**Die Landesregierung und der Landtag werden aufgefordert, eine unabhängige und überparteiliche Anlaufstelle für Bürokratieabbau und Verwaltungseffizienz zu schaffen. Diese Anlaufstelle soll Bürokratie-Vorwürfe und Vorschläge zur Steigerung der Verwaltungseffizienz von Bürgern, Unternehmen und Verwaltungsmitarbeitern aufnehmen, die Landesregierung und den Landtag unterrichten und in Hinsicht auf mögliche Verwaltungsvereinfachung und Verbesserung von Arbeitsabläufen beraten. Die Delegierten für den Landesparteitag werden aufgefordert, entsprechenden Anträgen auf dem Landesparteitag zu zustimmen.**

#### Begründung:

Über Parteigrenzen hinweg wird bereits seit vielen Jahren der Abbau von zu umfangreicher Bürokratie gefordert. Es ist allgemeiner Konsens, dass überreguliertes behördliches Handeln nicht nur einen erheblichen Kosten- und Zeitfaktor für Bürger und Unternehmen darstellt, sondern dadurch auch in den Verwaltungen selbst in einem hohen Maße Ressourcen gebunden werden. Dies wiederum führt zu hohen Arbeitsbelastungen bei den Verwaltungsmitarbeitern und entsprechend langen Bearbeitungsdauern.

Trotz der andauernden Willensbekundungen für einen Bürokratieabbau muss festgestellt werden, dass bisher eingeleitete Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung keinen oder nur begrenzten Erfolg hatten. Vielmehr entsteht oftmals bei Bürgern und Unternehmen der Eindruck, dass die bürokratischen Belastungen eher zu-, als den abgenommen haben. Nach der repräsentativen Emnid Untersuchung „Bürokratie im deutschen Mittelstand“ aus April 2015 stufen 92% der befragten Unternehmen die Bürokratiebelastung immer noch als hoch oder sehr hoch ein.

Die Umsetzung von gewonnenen Erkenntnissen zur Verwaltungsvereinfachung scheidet oftmals an struktur- und systemimmanenten, aber auch politisch motivierten Hinderungsgründen. Ein erfolgreicher Bürokratieabbau nur „aus dem System“ heraus muss deswegen auch in Zukunft in Zweifel gezogen werden.

Eine besondere Notwendigkeit für einen Bürokratieabbau und eine gesteigerte Verwaltungseffizienz ergibt sich aus der demographischen Entwicklung. Nach Untersuchungen des Instituts der deutschen Wirtschaft wird die Zahl der erwerbsfähigen Personen in einigen Landkreisen des Landes Schleswig-Holstein in naher Zukunft um bis zu 20 % sinken. Gleichzeitig wird der Anteil der nicht mehr am Arbeitsleben teilnehmenden Personen stark ansteigen. Die daraus resultierenden Folgen für den öffentlichen Dienst sind erheblich. Zum einen wird die Menge der Fallzahlen durch den gestiegenen Anteil an Rentnerinnen und Rentnern zunehmen, gleichzeitig wird der in diesen Gebieten vorherrschende Fachkräftemangel zu einem verstärkten Wettbewerb mit privatwirtschaftlichen Unternehmen um qualifizierte Arbeitskräfte führen. Infolgedessen wird es für den öffentlichen Dienst zukünftig sehr schwierig werden, vakante Dienststellen neu zu besetzen. Nur eine schlanke und effiziente Verwaltung wird dieser Herausforderungen dauerhaft gerecht werden können.